

12.11.2021

## Mögliche Schliessung des Kooperationsbüros der DEZA in Ostjerusalem

An den Bundesrat

RTS hat am 28.10.2021 berichtet, Bundesrat Ignazio Cassis habe als Vorsteher des EDA dem Gesamtbundesrat die Schliessung des DEZA Kooperationsbüro Gaza & Westbank in Ostjerusalem vorgeschlagen.<sup>i</sup> Dies, nachdem die israelische Regierung die Schweiz offenbar schriftlich zu diesem Schritt gedrängt hat, wie Bundespräsident Guy Parmelin im selben Bericht von RTS bestätigt hat.

Das Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina, dem elf Schweizer Nichtregierungsorganisationen und Vereine angehören<sup>ii</sup>, beobachtet diese Entwicklung mit Besorgnis und bittet den Gesamtbundesrat bei seinen Erwägungen folgende Gesichtspunkte nicht ausser Acht zu lassen:

- Würde der Bundesrat Israels Aufforderung Folge leisten und das Kooperationsbüro in Ostjerusalem schliessen, würde dies einer de facto Anerkennung israelischer Souveränität in Ostjerusalem gleichkommen. Dies wäre ein Bruch nicht nur mit der langjährigen Schweizer Haltung, sondern schlimmer noch mit dem völkerrechtlichen Konsens, dass die Annexion Ostjersalems durch Israel von 1967 illegal war. Die Schweiz hat sich überdies im Rahmen der Vereinten Nationen völkerrechtlich dazu verpflichtet, eine solche illegale Situation weder anzuerkennen noch zu unterstützen.<sup>iii</sup>
- Das Signal, welches das EDA mit der Schliessung des Kooperationsbüros aussenden würde, wäre zum aktuellen Zeitpunkt besonders irritierend: Sheikh Jarrah, das Ostjersalemer Quartier, wo das Büro liegt, liegt im Brennpunkt jener israelischen Politik von Vertreibung und Landnahme im besetzten Gebiet, die gemäss Genfer Konventionen klar illegal ist, wie auch der Bundesrat verschiedentlich festgestellt hat. Im Mai dieses Jahres entzündete sich hier die Gewaltspirale daran, dass abermals vier palästinensische Familien aus ihren Häusern hätten vertrieben werden sollen. Als Depositär der Genfer Konventionen kommt der Schweiz eine besondere Verantwortung zu, in diesem völkerrechtlichen Konfliktfeld präsent zu bleiben und nicht einfach abzuziehen, während die von der Vertreibung bedrohten Familien weiterkämpfen.
- Die politische Bedeutung einer allfälligen Schliessung lässt sich ferner daran erahnen, dass die USA unter Präsident Donald Trump ihr Konsulat in Ostjerusalem 2019 geschlossen haben, nachdem sie Jerusalem illegalerweise als Hauptstadt Israels anerkannt hatten. Inzwischen haben die USA unter Präsident Joe Biden angekündigt, das Konsulat in Ostjerusalem wieder eröffnen zu wollen. Der israelische Widerstand gegen diese Wiedereröffnung ist allerdings massiv. Dies zeigt auch: Eine Fehlentscheidung in dieser Angelegenheit ist schwerlich korrigierbar.

Das Forum für Menschenrechte ist sich bewusst, dass das EDA in den vergangenen Jahren vielerorts Kooperationsbüros mit Botschaften zusammengelegt hat, um Kosten zu sparen. Wir sind jedoch klar der Ansicht, dass das Sparpotential im vorliegenden Fall in keinerlei Verhältnis zum drohenden Verlust an Glaubwürdigkeit steht und nicht als Grund für eine Schliessung vorgeschoben werden kann.

Das Forum dankt dem Gesamtbundesrat für eine umsichtige Entscheidungsfindung und hofft, dass die Schweiz in diesem besonders exponierten Konfliktfeld weiterhin für das Völkerrecht und die Genfer Konventionen einsteht.

Im Namen des Forums Für Menschenrechte in Israel/Palästina grüsst Sie freundlich



Roman Enzler  
Koordinator  
Forum für Menschenrechte in Israel/Palästina  
[roman.enzler@forum-menschenrechte.ch](mailto:roman.enzler@forum-menschenrechte.ch)  
[www.forum-menschenrechte.ch](http://www.forum-menschenrechte.ch)

---

<sup>i</sup> <https://www.rts.ch/info/suisse/12599638-le-bureau-suisse-dedie-a-laide-aux-populations-palestiniennes-pourrait-quitter-jerusalemest.html>

<sup>ii</sup> <https://www.forum-menschenrechte.ch/wer-wir-sind>

<sup>iii</sup> [https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft\\_articles/9\\_6\\_2001.pdf](https://legal.un.org/ilc/texts/instruments/english/draft_articles/9_6_2001.pdf) (Artikel 41-2)